Ottendorfer Zeitung

Lokalanzeiger und Anzeigeblatt für Ottendorf-Okrilla u. Umg.

Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend. Bezugspreis monatlich 1.10 RM einschließlich Trägerlohn. Im Falle höherer Gewalt (Störungen des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene mm-Zeile oder deren Raum 5 Rpf. Alles weitere über Nachlaß usw. laut aufliegender Anzeigenpreisliste. Anzeigen-Annahme bis 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages. Bei fernmündlicher Anzeigenannahme wird keine Gewähr für Richtigkeit übernommen. Bei Konkurs und Zwangsvergleich erlischt jeder Nachlaßanspruch.

Diese Zeitung veröffentlicht die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinde-Behörde zu Ottendorf-Okrilla und des Finanzamtes zu Radeberg.

Postscheckkonto: Dresden 15488. Druck und Verlag: Buchdruckerei Hermann Rühle, Inh. Georg Rühle, Ottendorf-Okrilla. Girokonto: 531. — Fernruf: 231.

Nummer 145 — Sonnabend, den 10. Dezember 1938 — 37. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Kennkarten!

Nach den in der Presse bereits mehrfach veröffentlichten Bestimmungen der Verordnung über Kennkarten vom 22. Juli 1938 und den hierzu ergangenen Bekanntmachungen über den Kennkartenzwang haben alle männlichen deutschen Staatsangehörigen innerhalb der letzten 3 Monate vor Vollendung ihres 18. Lebensjahres (Eintritt in das Wehrpflichtverhältnis) bei der zuständigen Polizeibehörde die Ausstellung einer Kennkarte zu beantragen. Für männliche deutsche Staatsangehörige die am 1. Oktober 1938 ihr 17., aber noch nicht ihr 18. Lebensjahr vollendet haben, begann die Frist von 3 Monaten am 1. Oktober 1938.

Ferner haben Juden, die deutsche Staatsangehörige sind, unter Hinweis auf ihre Eigenschaft als Jude bis zum 31. Dezember d. J. ebenfalls die Ausstellung einer Kennkarte zu beantragen.

Die zur Beantragung einer Kennkarte Verpflichteten werden hiermit aufgefordert, nunmehr umgehend im Rathaus Zimmer Nr. 5 entsprechende Anträge zu stellen.

Zuwiderhandlungen werden mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 150.— RM. bestraft.

Ottendorf-Okrilla, am 9. Dezember 1938.

Der Bürgermeister.

Ein Päckchen mehr!

Es ist gewiß ein schöner Brauch, in den Tagen, die uns alle unterwegs sehen, um mit mehr oder weniger Heimlichkeit, mit mehr oder weniger großem Geldbeutel, aber immer mit gebefrohem Herzen Einkäufe für das Fest zu machen, mit großer Liebe Geschenke für unsere Nächsten auszuwählen — auch derer zu gedenken, die noch nicht in der Lage sind, in gleicher Weise an der Freude eines ganzen Volkes teilzunehmen. Seien wir nun einmal ehrlich zu uns selbst: In Millionen Fällen kommen wir in der Vorweihnachtszeit oft genug mit einem ganzen Arm voller Pakete und Paketchen heim, um sie bis zum Weihnachtsabend unauffindbar zu verstauen. Sollte es da den allermeisten nicht möglich sein, ein solches Paket abzugeben oder mehr anzuschaffen, um es dem WHW.-Blockwart für die Liebesgaben-Paketsammlung zu übergeben? Wie unendlich viel Freude können wir gerade dadurch bereiten! Um wie hohem Maße können wir durch solch ein liebevoll gepacktes Geschenk, dem die Freude des Gebens schon äußerlich anzusehen ist durch einen Tannenzweig, einen Glückwunsch und dergl. mehr, wahre Volksgemeinschaft der Tat beweisen und auch im Aermsten und Bedürftigsten den Glauben an die alles überwindende Kraft unserer Gemeinschaft stärken!

Liebesgabenpakete müssen ja nicht durchaus den Umfang einer großen Kiste haben. Jeder wird auch hier so geben, wie er kann, aber er soll geben und soll vor allem gern geben! Leichtverderbliche Dinge sollen in den Paketen nicht enthalten sein und jeder wird sich auch der geringen Mühe unterziehen, dem Paket einen Zettel mit Inhaltsangabe und möglichst auch Anschrift des Spenders beizulegen. Dies ist wichtig, um die Gaben richtig lagern und verteilen zu können. Beim Einkauf möge man daran denken, daß es bedürftige Volksgenossen sind, die damit erfreut werden sollen, auch diese alte Männer und Frauen, denen Weihnachtsfreude in ihr bescheidenes, einsames Heim gebracht werden soll, kinderreiche Familien usw. Nicht Luxusgegenstände, sondern gute brauchbare Sachen, auch haltbare Lebensmittel, einige Spielwaren, und zur Verschönerung Nüsse usw. sind das, was vor allem gebraucht wird. Die Verteilung dieser Liebesgabenpakete erfolgt anläßlich der Volksweihnachtsfeiern am 23. Dezember. Gebrechlichen usw. wird ihr Paket in die Wohnung gebracht.

Präsident Reinhold Lorenz †

Der Erste Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Dresden und Leiter der Unterabteilung Einzelhandel der Wirtschaftskammer Sachsen, Pg. Reinhard Lorenz verschied völlig unerwartet im 56. Lebensjahr.

Reinhard Lorenz, der stets als entschlossener Kämpfer im Dienste des Aufbaues einer nationalsozialistischen Wirtschaft wirkte, setzte sich besonders tatkräftig für die Lebensnotwendigkeiten des sächsischen Einzelhandels ein. Im Juni 1933 wurde er Präsident der Gewerbekammer Dresden und nach deren Auflösung Leiter der Unterabteilung Einzelhandel der Wirtschaftskammer Sachsen und zugleich Erster Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Dresden. In der Organisation der gewerblichen Wirtschaft war er außerdem Beiratsmitglied der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel der Wirtschaftskammer Sachsen und der Abteilung Handel der Wirtschaftskammer Sachsen. Ferner war er Vorstandsmitglied der Landesgewerbebank und Aufsichtsratsmitglied verschiedener Bankinstitute.

Vor memeldeutschem Bekenntnis

Die Memelwahl am Sonntag

Am Sonntag treten die Memelländer zur Wahl des sechsten Memellandtages an die Wahlurne: Schon die Anwesenheit von 40 bis 50 ausländischen Pressevertretern in Memel deutet darauf hin, daß es sich bei diesem Abstimmungsakt um mehr handelt, als um die Wahl der 29 Abgeordneten eines kleinen Landtages. Und Hunderte von Transparenten auf allen Straßen und Wegen verkünden laut:

Die Memelländer wollen am Sonntag ein Bekenntnis ablegen. Sie wollen sich als Deutsche zum deutschen Volk und zur Weltanschauung aller Deutschen bekennen. Sie wollen in fester Einigkeit unter der Leitung Dr. Neumanns zusammenstehen und den Kampf um ihre Rechte und ihre Freiheit zum Siege führen.

Trotz zahlreicher Provokationen zugewanderter Elemente ist die Ruhe und Ordnung während des Wahlkampfes nirgends gestört worden. Der von Dr. Neumann nach Aufhebung des Kriegszustandes in wenigen Tagen buchstäblich aus der Erde gestampfte Ordnungsdienst hat eine hervorragende Haltung bewiesen. Man kann also annehmen, daß auch der Wahltag ohne Zwischenfälle verlaufen wird.

In dem bisherigen am 30. September 1935 gewählten Landtag standen den 24 memeldeutschen Abgeordneten 5 Litauer gegenüber. Heute am Vorabend der Wahl gibt sich niemand mehr einer Täuschung darüber hin, daß die Abstimmung am Sonntag den deutschen Charakter des Memellandes und die Forderung der Memeldeutschen nach Recht und Freiheit überzeugend und unwiderruflich bestätigen wird.

Daladier und Oberkirch über Deutschland

Aufschlußreiche Aussprache in der Kammer

Im Verlauf der Kammeraussprache über die allgemeine Politik der französischen Regierung, der wieder der Ministerpräsident, der Außenminister, der Finanzminister und eine ganze Reihe anderer Kabinettsmitglieder beiwohnten, steigerte sich das Interesse des Hauses, als der rechtsgerichtete Abgeordnete Oberkirch auf die Notwendigkeit einer Wiederausrichtung des Landes auf allen Gebieten und auf den Bankrott der Volksfrontpolitik hinwies und seit der Uebernahme der Regierung durch Daladier bereits Anzeichen einer Besserung feststellte. Ein Orkan wilder Zurufe der Kommunisten und Sozialdemokraten erscholl, als Oberkirch dann erklärte, der Führer habe auf wirtschaftlichem Gebiet einen geradezu genialen Schlag durchgeführt.

Er habe als erster die wahre deutsche Volksgemeinschaft hergestellt, die den Klassenkampf ausschließe, und man müsse sich fragen, ob es nicht besser sei, wenn Frankreich diesem deutschen Nationalsozialismus einen wahren französischen Nationalismus gegenüberstelle. Die Protestrufe auf der Linken wurden schließlich so stark, daß sich Daladier zu einer Erklärung veranlaßt sah.

Der Ministerpräsident betonte, daß der Abgeordnete Oberkirch schon seit jeher ein Verteidiger der französischen Sache gewesen sei. Die Regierung fordere daher die ganze Kammer auf, die Stimme dieses patriotischen Elsässers zu hören. (Lebhafter Beifall links, in der Mitte und rechts, heftige Zurufe bei den Kommunisten.)

Oberkirch erklärte abschließend, daß der Ministerpräsident auf ihn und seine Freunde rechnen könne, wenn er eine antimarxistische Politik betreibe, die auf die Größe Frankreichs abziele.

Die Rede des Ministerpräsidenten wurde von der Rechten häufig durch lebhaften Beifall unterbrochen. Als Daladier geendet hatte, standen sämtliche Abgeordneten von den Radikalsozialen einschließlich bis zur äußersten Rechten auf und spendeten ihm langanhaltenden Beifall. Die Verlagerung der Mehrheit Daladiers von der ehemaligen Volksfront nach rechts wurde damit auch äußerlich unterstrichen.

Bonnet zur Pariser Erklärung

„Gemeinsamer Wille zur Zusammenarbeit für den europäischen Frieden"

Unter dem Vorsitz des radikalsozialen Abgeordneten und ehemaligen Ministers Elbel gab die Europäische Wirtschafts- und Zoll-Union zu Ehren des französischen Außenministers Bonnet ein Frühstück. Dabei unterstrich Elbel die Notwendigkeit einer europäischen Verständigung und einer deutsch-französischen Annäherung. Außenminister Bonnet, der ebenfalls das Wort ergriff, kam auf den Pariser Besuch des Reichsaußenministers zu sprechen und erklärte u. a.: Wir wollen alle den Frieden. Der Krieg würde das Ende der europäischen Zivilisation und den Triumph der Unordnung und Anarchie bedeuten.

Die soeben unterzeichnete deutsch-französische Erklärung hat den gemeinsamen Willen zu der für den europäischen Frieden so notwendigen Zusammenarbeit bekundet. Ich habe das größte Vertrauen, so schloß Bonnet, daß diese Politik ihre volle Wirkung haben wird, denn der gegenseitige Austausch zwischen den Völkern — sei er nun handelsmäßig, politisch oder geistig — ist das beste Mittel, den Frieden zu sichern."

Die Europäische Wirtschafts- und Zoll-Union hat ferner ihre Generalversammlung abgehalten, in deren Verlauf der Vorsitzende, Abgeordneter Elbel, einen Bericht über seine kürzliche Deutschlandreise gab.

Im Geist der Hanse

Der Antwerpener Oberbürgermeister Huysmans in Köln

Am Freitagnachmittag sprach auf Einladung der Hansestadt Köln der Oberbürgermeister von Antwerpen und Präsident der belgischen Kammer, Camille Huysmans, im Kölner Rathaus über das Thema „Die wirtschaftlichen Beziehungen im Geist der Hanse"

Zu der Veranstaltung hatten sich eine große Zahl führender Männer aus Partei, Staat, Wehrmacht, Wirtschaft und dem sonstigen öffentlichen Leben eingefunden. Von belgischer Seite sah man neben Oberbürgermeister Huysmans Wirtschaftsminister Prof. Dr. Heymans, den Minister für Oeffentliche Arbeiten Balthazar, den belgischen Botschafter in Berlin Vicomte d'Avignon, von deutscher Seite Reichsminister Dr. Dorpmüller, den deutschen Botschafter in Brüssel von Bülow-Schwante, die Staatssekretäre Königs und Brinkmann.

Oberbürgermeister Huysmans ging zunächst auf die Bedeutung der Antwerpener Hansetagung ein und wies darauf hin, daß ein allgemeiner Wunsch nach einer friedlichen Weiterentwicklung und einem endlichen Wiederaufblühen des Welthandels bestehe. Bei allem Unterschied der Weltanschauung und der Staatsführung gäbe es gemeinsame Probleme, die auch nur gemeinsam gelöst werden könnten. Um dies zu erreichen, sei es notwendig, zu der schöpferischen Idee der Hanse und ihrer wirtschaftspolitischen Tragweite zurückzufinden und sie zu würdigen. Die Welt heute habe das nicht gefunden, was wir als eine der größten Kräfte der Hanse erkennen konnten: Das Bewußtsein des Aufeinanderangewiesenseins. Wenn auch niemand so töricht sei, anzunehmen, daß die alte Form der Hanse wieder zu neuem Leben erweckt werden könne, so sei es doch notwendig, die geistige Grundlage des hanseatischen Städtebundes zu erneuern. Niemand könne sich heute der Tatsache verschließen, daß die Welt in sich krank sei, daß der verwirrte Wirtschaftszustand in politischen Faktoren seine Ursache habe. Der Redner wandte sich in diesem Zusammenhang dem Wettbewerbskampf der Häfen zu, der ebenfalls durch Zusammenarbeit abgelöst werden könne. Aus diesem Grunde hätten Besprechungen, wie sie an diesem Tage in Köln stattfänden, ihren praktischen Nutzen.

Die Ukrainer fordern Autonomie

Ein Antrag im polnischen Sejm

Im polnischen Sejm wurde von der ukrainischen Abgeordnetengruppe ein aus 21 Artikeln bestehender Autonomieantrag in Form einer Verfassung für das gesamte ukrainische Siedlungsgebiet in Polen eingereicht. Der Antrag ist von den vierzehn ukrainischen Abgeordneten Ostgaliziens unterzeichnet.

Als ukrainisches Siedlungsgebiet, für das dieses Verfassungsgesetz gelten soll, werden im einzelnen die Wojewodschaften Lemberg, Stanislau, Tarnopol und die Wojewodschaft Wolhynien, der größte Teil der Wojewodschaft Polesien und Teile der Wojewodschaften Lublin, Krakau und Bialystok genannt. Alle diese Gebiete sollen zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechtes in einer autonomen Einheit mit eigener ukrainischer Regierung und eigenem Landtag, eigener Verwaltung und einem eigenen ukrainischen Obersten Gericht in Lemberg zusammengeschlossen werden. Von der Zuständigkeit der ukrainischen Gesetzgebung werden die Fragen der Außenpolitik, der Armee, des Staatshaushaltes und der Währung ausgeschlossen. Für die ukrainische Sprache wird Gleichberechtigung mit der polnischen Sprache gefordert.

In der Begründung wird daran erinnert, daß der ukrainischen Volksgruppe durch ein entsprechendes Gesetz bereits im September 1923 eine Autonomie versprochen worden sei.

Verhaftungswelle in Rumänien

Allgemeines Kesseltreiben gegen die Anhänger der Eisernen Garde

In Klausenburg wurden 46 Gymnasialschüler wegen Betätigung im Sinne der Eisernen Garde verhaftet. In Baia Mare wurden sechs Gymnasiasten aus demselben Grunde verhaftet. Unter den Klausenburgern sind Söhne von Universitätsprofessoren und angesehenen Bürgern der Stadt. Darüber hinaus wurden bei einer Anzahl von Schülern Haussuchungen vorgenommen.

Wegen Beteiligung an dem Czernowitzer Anschlag wurde die Anklage gegen insgesamt fünf Personen erhoben, und zwar einen Studenten und vier Schüler. Der Prozeß beginnt am 17. Dezember. Ferner verlautet aus Czernowitz, daß sich die Untersuchung des Attentates auch auf die Eltern zahlreicher Schüler, auf die Lehrer und sogar die Hauswirte erstreckt.

SLUB
Wir führen Wissen.